

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.08.2023

Inhalt

EWN

1 Backhaus: Keine Gefahr durch verrostete Atommüll-Fässer in Lubmin <i>ndr.de, 11.08.2023</i>	3
2 LNG-Terminal: Bergamt will Pipelinebau genehmigen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.08.2023</i>	4
3 Neue Pipeline vermeidbar <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.08.2023</i>	5
4 LNG: Regas klagt auf Unterlassung <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.08.2023</i>	6
5 Schweden setzt mit voller Kraft auf Atomstrom <i>Neue Zürcher Zeitung, 14.08.2023</i>	7

Backhaus: Keine Gefahr durch verrostete Atommüll-Fässer in Lubmin

*Nachdem im **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** in Lubmin an drei Fässern zur Lagerung radioaktiver Abfälle Korrosionsschäden festgestellt wurden, hat das Umweltministerium einen Experten nach Lubmin geschickt. Erste Ergebnisse liegen nun vor.*

Umweltminister Till Backhaus (SPD) hat Entwarnung gegeben. Von den korrodierten Atomabfall-Fässern in Lubmin sei keine Gefahr für Mensch und Umwelt ausgegangen. "Eine Freisetzung radioaktiver Stoffe war zu jeder Zeit ausgeschlossen", so Backhaus. Beim im Rückbau befindlichen ehemaligen Kernkraftwerk Lubmin wurden vor einer Woche Beschädigungen an drei Abfall-Fässern festgestellt.

Schaden bei visueller Prüfung aufgefallen

"Sie können davon ausgehen, dass wir solche Vorfälle sehr ernst nehmen", so Backhaus. Der Minister habe umgehend veranlasst, dass die Kontrollen beim **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** in Lubmin deutlich erhöht werden. Der Schaden sei bei einer visuellen Prüfung der 200-Liter-Fässer aufgefallen, so Backhaus weiter.

Bei dem Inhalt der Fässer handelt es sich den Angaben des Entsorgungswerks nach um feuchten Schlamm, der aus der sogenannten Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW) stammt. Hier werden unter anderem mit einer Hochdruck-Nassstrahlanlage Bauteile gereinigt.

Meldepflichtiges Ereignis nach Atomrechtlicher Verordnung

Umweltminister Backhaus wies zudem daraufhin, dass die Meldekette sehr gut funktioniert habe. Die **EWN** habe den Befund gemäß Atomrechtliche Sicherheitsbeauftragten- und Meldeverordnung (AtS-MV) als meldepflichtig eingestuft und fristgemäß gemeldet. Es handele sich allerdings um ein meldepflichtiges Ereignis der geringsten Kategorie.

Das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** geht davon aus, dass die Schäden auf die mangelnde Qualität

der Beschichtung und das Alter der Fässer zurückzuführen sind. Nach Angaben des **EWN** lagern in Lubmin 229 weitere Fässer mit ähnlichem Inhalt. Diese stehen allerdings in dickwandigen Containern.

BUND: "Nicht auf die leichte Schulter nehmen"

Die Landesgeschäftsführerin des BUND Corinna Cwielag sagte gegenüber dem NDR MV, auch wenn zu keiner Zeit Gefahr für Mensch und Umwelt bestanden habe, sei das kein Grund zur Entwarnung. "Es ist ein Anlass darüber nachzudenken, welche Materialien verwenden wir und wie können wir mehr Sicherheit für solche gefährlichen Stoffe gewährleisten."

Man dürfe den Vorfall nicht auf die leichte Schulter nehmen, so Cwielag: "Wir sehen, was wir für ein langes Erbe angetreten haben mit der Nutzung der Atomenergie und mit den tausenden strahlenden Abfällen, die wir hinterlassen für die nächste Generation."

EWN hat Lehren aus Vorfällen gezogen

Laut Schweriner Umweltministerium wurden die korrodierten Fässer unverzüglich in sicher geschlossene Behälter umverpackt. Im September 2022 seien vergleichbare Probleme aufgetaucht. Damals seien auch Durchrostungen an Fässern festgestellt worden.

Kurt Radloff vom **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** räumte gegenüber dem NDR MV ein, dass auch in Zukunft noch einmal solche Fälle auftreten könnten. Man bereite sich darauf vor, dass man dann entsprechend umverpackt. Mit Blick auf den Umgang mit schlammigem Atommüll hat **EWN** Lehren aus den Vorfällen gezogen: "In Zukunft ist es so, dass wir solche feuchten Gebinde nur noch in Edelstahlfässern verpacken werden," so **EWN**-Sprecher Radloff.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 12.08.2023 | S. 1

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

VERLEGESCHIFF SCHON AUF DEM WEG

LNG-Terminal: Bergamt will Pipelinebau genehmigen

Entwurf der Genehmigung wird Dienstag veröffentlicht / Verlegeschiff unterwegs nach Mukran

Paukenschlag aus dem Bergamt Stralsund: Die für das LNG-Verfahren zuständige Behörde hält den Bau des ersten Pipelineabschnittes durch den Greifswalder Bodden für genehmigungsfähig. Am Montag will die Behörde die Auslegung des Genehmigungsentwurfes für den 26 Kilometer langen Trassenabschnitt bekanntmachen. Das sagte Amtsleiter Thomas Triller am Freitag auf OZ-Anfrage. Ab Dienstag kann der Entwurf dann im Bergamt und auf der Internetseite eingesehen werden - für vier Tage. So sieht es das LNG-Beschleunigungsgesetz vor.

Der Entwurf ist noch kein Bescheid, gegen den geklagt werden kann. Dass die endgültige Zulassung aber grundsätzlich anders aussehen werde, sei nicht zu erwarten, so Triller. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Gemeinde Binz hatten bereits Klagen gegen den Terminal- und Pipelinebau angekündigt. Binz will zudem mit einstweiligen Anordnungen über das Bundesverwaltungsgericht einen sofortigen Baustopp erwirken.

Unterdessen fährt der Pipelinebauer Gascade die Vorbereitungen für den Bau der Trasse hoch, die den Terminal-Standort Mukran mit dem Gaseinspeisepunkt Lubmin verbinden soll. Das Verlegeschiff „Castoro 10“ steuert bereits auf den Zielhafen Mukran zu. Laut dem Schiffsortungssystem „Marine Traffic“ soll das Verlegeschiff, das aktuell noch im Mittelmeer unterwegs ist, am 28. August vor der Insel Rügen eintreffen. „Sobald die rechtskräftige Genehmigung vorliegt, wollen wir mit den seeseitigen Baggerarbeiten starten“, sagte Gascade-Projektleiter Ludger Hümbts. Die Verlegung der Ostseepipeline will Gascade bis Jahres-

ende abschließen.

Die Gasleitung für das LNG-Terminal wird im Greifswalder Bodden parallel zu den ungenutzten Strängen der Nord Stream 1 und 2 verlegt. Der zweite Abschnitt der 50 Kilometer langen Pipeline ist noch nicht genehmigt. Am kommenden Dienstag endet für diesen Abschnitt die Stellungnahme-Frist. Auch das LNG-Terminal in Mukran muss noch genehmigt werden.

Das Bergamt sieht offenbar keine erheblichen Auswirkungen des Pipelinebaus auf die sensible Umwelt des Greifswalder Boddens. Im Gegensatz zur DUH: Das LNG-Terminal vor Rügen mitsamt der Pipeline wäre eine Katastrophe für besonders schützenswerte Meeresgebiete, hieß es vom Verband. Binz beruft sich in seiner Kritik unter anderem auf ein Gutachten der Wasserbau-Ingenieurin Bärbel Koppe aus Wismar. Moniert wird darin die Mindestüberdeckungshöhe der in den Meeresboden eingegrabenen Leitung.

Gascade ist zuversichtlich, dass die Klagen scheitern werden. „Aus den Erfahrungen früherer Projekte wissen wir, dass das Bergamt keine Genehmigungen erteilt, die nicht rechtssicher sind“, so Hümbts. Die Mindestüberdeckungshöhen variierten je nach Seeabschnitt zwischen 0,5 bis 2,55 Meter und erfüllten alle sicherheitsrelevanten Anforderungen.

Zitat-Text:

„Sobald die rechtskräftige Genehmigung vorliegt, wollen wir mit den seeseitigen Baggerarbeiten starten.“ - Ludger Hümbts, Gascade

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 12.08.2023 | S. 6

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

KOMMENTAR

Neue Pipeline vermeidbar

Vier Nord-Stream-Stränge liegen ungenutzt im Greifswalder Bodden. Für das LNG-Terminal in Mukran wird nun ein weiterer Leitungsstrang durch das sensible Gewässer gezogen. Das wäre vermeidbar gewesen, wenn der Bund seinen Spielraum genutzt hätte, meint OZ-Chefreporterin Marina Rathke.

Die Planungen für die Insel Rügen als Flüssiggasstandort nehmen Tempo auf: Erst im Juli war der Terminalstandort Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz aufgenommen worden. Nun steht die Genehmigung für den wohl kritischsten Abschnitt der Pipelinetrasse bevor: Die 26 Kilometer lange Rohrleitung durch den Greifswalder Bodden. Die Anträge lagen der Behörde seit dem Winter vor.

Dass nun voraussichtlich eine weitere unterseeische Pipeline durch den sensiblen Naturraum gezogen wird, wäre vermeidbar gewesen. Vier Nord Stream-Stränge liegen ungenutzt im Meeresgrund. Der Bund hat zwar die übrig gebliebenen Röhren von der Nord

Stream 2 AG erworben, aber einen Kauf oder eine Nutzung des deutschen Nord-Stream-Abschnitts vehement abgelehnt. Eine Entscheidung, die nun auf Kosten des Greifswalder Boddens geht.

Die Genehmigung dieser Pipeline ist eine Gratwanderung, die mit großer Wahrscheinlichkeit juristisch angefochten wird. Bereits mit dem Bau der Nord Stream 2 wurden die kumulativen Effekte auf das Küstengewässer als grenzwertig beurteilt. Zumal weitere Begehrlichkeiten bestehen: Strom-Trassen und eine Wasserstoff-Pipeline sollen perspektivisch grüne Energie nach Lubmin bringen. Auch sie müssen noch durch den Greifswalder Bodden geführt werden.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 12.08.2023 | S. 18

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

LNG-TERMINAL IN MUKRAN

LNG: Regas klagt auf Unterlassung

Ein Fonds auf den Cayman-Inseln, eine Briefkastenfirma: Die Gemeinde Binz hatte schwere Vorwürfe gegen den Betreiber des LNG-Terminals erhoben. Nun wehrt sich die Deutsche Regas vor Gericht gegen die Anschuldigungen.

Im Streit um den Bau des LNG-Terminals in Mukran geht der Terminal-Betreiber Deutsche Regas jetzt gegen den Anwalt der Gemeinde Binz vor. Die Deutsche Regas hat eine Unterlassungsklage vor dem Landgericht München eingereicht. Sie wehrt sich damit gegen den vom Anwalt der Gemeinde erhobenen Vorwurf eines unsauberen Finanzierungshintergrundes und die Behauptung, dass die Investoren der Deutschen Regas keinerlei Erfahrung im Energiebereich hätten.

„Die Vorwürfe sind haltlos“, sagte der Aufsichtsratschef der Deutschen Regas, Stephan Knabe. Sie dienen einzig und allein dazu, das Image der Firma in der Öffentlichkeit zu beschädigen.

Die Deutsche Regas, die bereits seit Januar 2023 das LNG-Terminal in Lubmin betreibt, hatte unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe die Sozietät Hengeler Mueller beauftragt, die Gesellschafterstruktur, die Historie und Art der Finanzierung zu bewerten.

Die Gemeinde Binz, die den Bau des Terminals in Nachbarschaft ihrer Strände verhindern möchte, hatte in einer Pressemitteilung ihre Vorwürfe verbreitet. Der Anwalt der Gemeinde, Reiner Geulen, vermutete bei der Deutschen Regas einen intransparenten Finanzierungshintergrund. Demnach - so der Vorwurf - gebe es Hinweise, dass der Geschäftsführer und Investorenvertreter Ingo Wagner Kapital von einem Fonds auf den Cayman-Inseln auf ihm gehörende Gesellschaften in Deutschland transferiert haben soll.

Zudem erhob Geulen den Vorwurf, Wagner würde im baden-württembergischen Bruchsal nur eine Briefkastenfirma betreiben. Auch dieser Vorwurf sei falsch, hieß es von der Deutschen Regas.

Das Landgericht München verhandelt am kommenden Donnerstag über die Klage. Die Deutsche Regas will mit einer Anordnung der Gemeinde die Verbreitung der Vorwürfe verbieten lassen.

📰 Neue Zürcher Zeitung | 14.08.2023 | S. 4

📄 Auflage: 84.518 | Reichweite: 228.000

👤 Ingrid Meissl

Schweden setzt mit voller Kraft auf Atomstrom

Die bürgerliche Regierung will die Kernkraft stark ausbauen – der Widerstand der oppositionellen Sozialdemokraten bröckelt

Stockholm. Schweden macht vorwärts mit seiner Kernkraft-Offensive: Das Verbot für neue Standorte soll fallen, ebenso die Begrenzung auf maximal zehn Reaktoren. Die bürgerliche Regierung hat vorige Woche eine entsprechende Gesetzesgrundlage, welche die Rahmenbedingungen für neue Atomkraftwerke festlegt, in die Vernehmlassung geschickt.

Läuft alles nach Plan, kann Schweden in zwanzig Jahren neue Atommeiler betreiben, die so viel Strom liefern wie zehn herkömmliche Reaktoren. Derzeit betreibt das nordische Land sechs Reaktoren an den Standorten Forsmark, Oskarshamn und Ringhals.

Solch grosse Anlagen hat die Regierung allerdings nicht im Visier. Der im April mit zwölf Jahren Verspätung und astronomischen Mehrkosten in Betrieb genommene Reaktor im finnischen Olkiluoto dürfte Abschreckung genug sein. Schweden will vielmehr auf kleine und kostengünstigere Anlagen, sogenannte Small Modular Reactors, setzen, an deren Entwicklung derzeit getüfelt wird.

Das jedenfalls schwebt der erst 27-jährigen liberalen Klima- und Umweltministerin Romina Pourmokhtari vor, die vorige Woche zur Medienkonferenz lud, sekundiert von Ministerpräsident Ulf Kristersson. Der konservative Regierungschef liess sich die Gelegenheit nicht nehmen, über eines seiner wichtigsten Wahlversprechen zu reden, das angesichts der rekordhohen Strompreise im vorletzten Winter an Dringlichkeit gewonnen hat.

Abkehr vom Ausstieg

Damit nimmt Schweden definitiv Abschied von der «Atomkraft? Nein danke»-Parole, welche die Energiequelle nach einer zweifelhaften Volksbefragung von 1980 lange unter Generalverdacht stellte und den schrittweisen Ausstieg aus der Technologie bis 2010 vorsah. Nach mehrfachen Verschiebungen setzte die damalige rot-grüne Koalition vor einem knappen Dez-

ennium 2040 als definitiven Schlusspunkt – obwohl sich die Energieengpässe längst abzeichneten.

Der nationale Netzbetreiber wies die Regierung schon 2015 warnend darauf hin, dass es «zunehmend schwierig wird, bei unvorteilhaftem Wetter eine ausreichende Stromversorgung zu garantieren». Ungeachtet dessen wurden zwischen 2017 und 2020 vier Reaktoren vom Netz genommen. Voriges Jahr produzierten Schwedens Atomkraftwerke 29 Prozent der Elektrizität, während Wasserkraft für 41 Prozent und Windkraft für ein Fünftel der Gesamtenergie von 170 Terawattstunden (TWh) standen.

Dank neuer Kernkraft soll Schweden sowohl die Energiewende bewältigen als auch die enorme Nachfrage von Wirtschaft und Privathaushalten nach einer zuverlässigen und fossilfreien Energieversorgung befriedigen. Um die Lücke zwischen heutiger Produktion und künftigem Bedarf zu schliessen, müssen die Kapazitäten bis 2045 auf über 300 TWh verdoppelt werden. Mit Wasser, Wind und Sonne allein lässt sich dies gemäss Berechnungen der Regierung nicht bewältigen.

Der Aufbruchstimmung zum Trotz harren viele Fragen einer Antwort: Wo sollen die neuen AKW entstehen, wer baut sie, und wann liefern sie den ersten Strom? Finanzministerin Elisabeth Svantessons Aussage, wonach der Spatenstich für ein neues Werk noch vor den nächsten Wahlen in drei Jahren möglich sei, scheint Wunschdenken zu sein. Die nationale Strahlensicherheitsbehörde rechnet nicht vor 2025 mit einem Baugesuch, auf das dann ein langer Bewilligungsprozess wartet. Ministerin Pourmokhtari hofft auf erste neue Kernkraft bis in zehn Jahren. Gebaut werde diese, «wo sie am meisten Nutzen stiftet».

Die drei bestehenden AKW liegen im Süden des Landes, während die Wasserkraftwerke aus den mächtigen Strömen des Nordens gespeist werden. Obwohl die Produktion derzeit noch reicht, um ganz Schweden zu versorgen, führt die ungenügende Übertra-

gungskapazität regelmässig zu Engpässen und kräftigen regionalen Preisunterschieden.

Die Steuerzahler, beteuerte die Umweltministerin, würden nicht zur Kasse gebeten. Die Regierung glaubt, dass neue Kernkraft rentabel genug sei, um Investoren anzulocken. Diese sollen staatliche Kreditgarantien von umgerechnet 32 Milliarden Franken erhalten. Unklar ist, ob neue Atomenergie auch von einem Preiszuschlag profitieren kann, da sie zur Stabilisierung der Stromzufuhr beiträgt. Zudem sollen gleich lange Spiesse geschaffen werden im Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Energiequellen. Wer Windkraftwerke im Meer baut, kann künftig nicht mehr mit Finanzierungshilfen des Staates rechnen, sondern muss die Kabel zum Festland selbst berappen.

Staatskonzern muss es richten

Das Interesse der Privatwirtschaft an neuer Kernkraft ist bis jetzt allerdings lau. Dass die Koalition den energiepolitischen Kurswechsel nicht in einer überparteilichen Übereinkunft festschreiben will, dürfte Investoren eher abschrecken.

Der deutsche Energiekonzern Uniper, der die Mehrheit an Oskarshamn besitzt und Minderheitsanteile an Forsmark und Ringhals hält, will nicht in neue schwedische Kernkraft investieren. Das Unternehmen sieht seine Zukunft in erneuerbaren Energiequellen und Gas, wie Bloomberg schreibt.

In den Apfel beissen – ob sauer oder süss – muss Vattenfall. Gemäss Regierungserklärung soll der staatlich kontrollierte Energiekonzern zur raschen Planung neuer Kernenergie verpflichtet werden. Die Sprachregelung wurde inzwischen abgeschwächt. Pourmokhtari sagte, sie hoffe, dass der Energieriese auch ohne Zwang die richtigen Schlüsse ziehe und auf Atomkraft setze. Tatsächlich hat Vattenfall vor über einem Jahr eine Machbarkeitsstudie zum Bau von mindestens zwei Kleinwerken in der Nähe von Ringhals begonnen. Obwohl die Vorstudie noch läuft, sucht der Konzern bereits mögliche Lieferanten für die neuarti-

ge Technologie und plant Bodenproben und Feldstudien. Die bereits vorhandene Infrastruktur würde die Anbindung neuer Reaktoren ans Netz erleichtern und ebenso die Entsorgung der Abfälle. Schwedens Endlager soll dereinst in Östhammar beim AKW Forsmark liegen.

Anders als bei den bestehenden AKW-Standortgemeinden weckt die Initiative bei vielen Kommunen mehr Kritik als Begeisterung. Laut einer Zusammenstellung der Zeitung «Dagens Samhälle» machen die Gemeinden Mängel in der Risikoanalyse, Planung und Finanzierung neuer Kernkraft geltend. Insbesondere im neuen nordschwedischen Industrie-Eldorado ist die Lust auf Kernkraft gering.

Scharfe Kritik hagelt es auch von den Grünen. Der Co-Parteichef Per Bolund wettete auf X (Twitter) über die «Kernkraftfixierung» der Regierung und forderte sie auf, endlich die hängigen Gesuche für meeresbasierte Windkraftparks zu bewilligen. Diese würden mehr Energie liefern als alle Kernkraftwerke und seien zudem viel schneller gebaut.

Ein Meinungsumschwung ist dagegen bei Schwedens grösster Partei im Gange. Der kompakte Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Kernkraft bröckelt. Anfang August hielt deren Jungpartei im neuen Programm fest, dass alle fossilsfreien Energiequellen nötig seien, um die Energiewende zu bewältigen. Mit diesem deutlichen Fingerzeig an die Mutterpartei, den bis 2040 geforderten Atomausstieg zu überdenken, rennt man einige offene Türen ein.

Mikael Damberg, bis vorigen Herbst Finanzminister und nun finanzpolitischer Sprecher der grössten Oppositionspartei, hat den Positionswechsel bereits vollzogen. Bei den heutigen Strompreisen sei Atomkraft vielleicht rentabler als früher, sagte Damberg im Mai in einem Interview mit der Zeitung «Svenska Dagbladet». Noch vor anderthalb Jahren tönnte es anders: Kernkraft sei zu teuer und deshalb eine schlechte Idee, sagte damals die neue Parteichefin Magdalena Andersson.